



Minister Schäuble

# Deutsches Schlupfloch

**Haushalt** Mit seiner Absicht, Steueroasen auf der ganzen Welt auszutrocknen, ist Finanzminister Schäuble vorerst gescheitert. Jetzt denkt er um. Seine Beamten bereiten sogar ein Rabattmodell für Unternehmen vor.

Wenn Wolfgang Schäuble ein Ziel anvisiert, dann kann er große Beharrlichkeit entwickeln. Eine Kostprobe seiner Prinzipientreue lieferte der Finanzminister vergangene Woche, als er, allen Meldungen über die schwächelnde Konjunktur zum Trotz, dem Bundestag seinen Entwurf für einen Haushalt ohne neue Schulden für 2015 präsentierte.

Ende dieser Woche aber wird der Sturkopf aus Berlin an seine Grenzen stoßen, und zwar auf der anderen Seite der Erde, im australischen Städtchen Cairns. Dort trifft sich Schäuble mit seinen Finanzministerkollegen aus den großen Industrie- und Schwellenländern, kurz G 20, um Maßnahmen gegen das globale Steuerdumping zu beschließen, jener weit verbreiteten Unsitte also, internationale Unternehmen mit ungebührlich hohen Steuervorteilen ins eigene Land zu locken.

Um die grassierende Rabattjagd zu stoppen, an der sich nicht nur karibische Inselstaaten, sondern auch Mitglieder der EU beteiligen, hatten die G-20-Länder sowie die Industriestaatenorganisation OECD

eine Initiative unter der englischen Abkürzung BEPS gestartet. Doch die Ergebnisse der Verhandlungen bleiben weit hinter den Erwartungen zurück, die Schäuble selbst geweckt hat. Noch kürzlich gab er die Parole für das Unterfangen aus: „Wir müssen die Möglichkeiten legaler Steuervermeidung beschränken.“

Schon lange wurmt den Minister, dass international tätige Unternehmen, allen voran amerikanische Großkonzerne wie Apple, Google oder Starbucks, ihre Gewinne, die sie hierzulande erzielen, ganz legal am deutschen Fiskus vorbeischleusen – unter tätiger Mithilfe von Partnerländern wie Irland oder den Niederlanden.

Das Problem ist nicht zuletzt eine Frage der Steuergerechtigkeit. Während die Staaten Arbeitnehmer und Kleinunternehmen nahezu ungeschmälert zur Kasse bitten, geben sie sich gegenüber Multis milde und nachsichtig. Mitunter legen sie ihre Steuergesetze auch ganz bewusst so an, dass sie zum Missbrauch geradezu einladen.

Und die Konzerne nehmen das Angebot gern an. Mit Hilfe riesiger Steuerabteilun-

gen und einem Heer spezialisierter Anwälte gelang es manchem Großkonzern, seinen Steuersatz auf nahezu null zu drücken – und so selbst jene Regierungen zu verärgern, die sich sonst besonders industriefreundlich geben.

Sogar die USA und Großbritannien kündigten in den vergangenen Jahren an, gegen die Abgaben-Flüchtlinge vorzugehen. Apple-Chef Tim Cook musste sich vor einem Ausschuss des US-Senats wegen der Steuerpraktiken seines Unternehmens rechtfertigen.

Doch nach fast zweijährigen Gesprächen ist von einem Verbot umstrittener Gewinnverlagerungsmodelle, wie es Schäuble anstrebte, keine Rede mehr. Viele Partnerländer spielen nicht mit. Sie beharren auf ihren Steuerschlupflöchern, die sie als Bestandteil ihrer Standortpolitik begreifen.

So wird das Treffen von Cairns vor allem eines zeigen: Von einer Weltsteuerpolitik, die einen Unterbietungswettkampf der nationalen Finanzministerien verhindert, sind die wichtigen Industrie- und

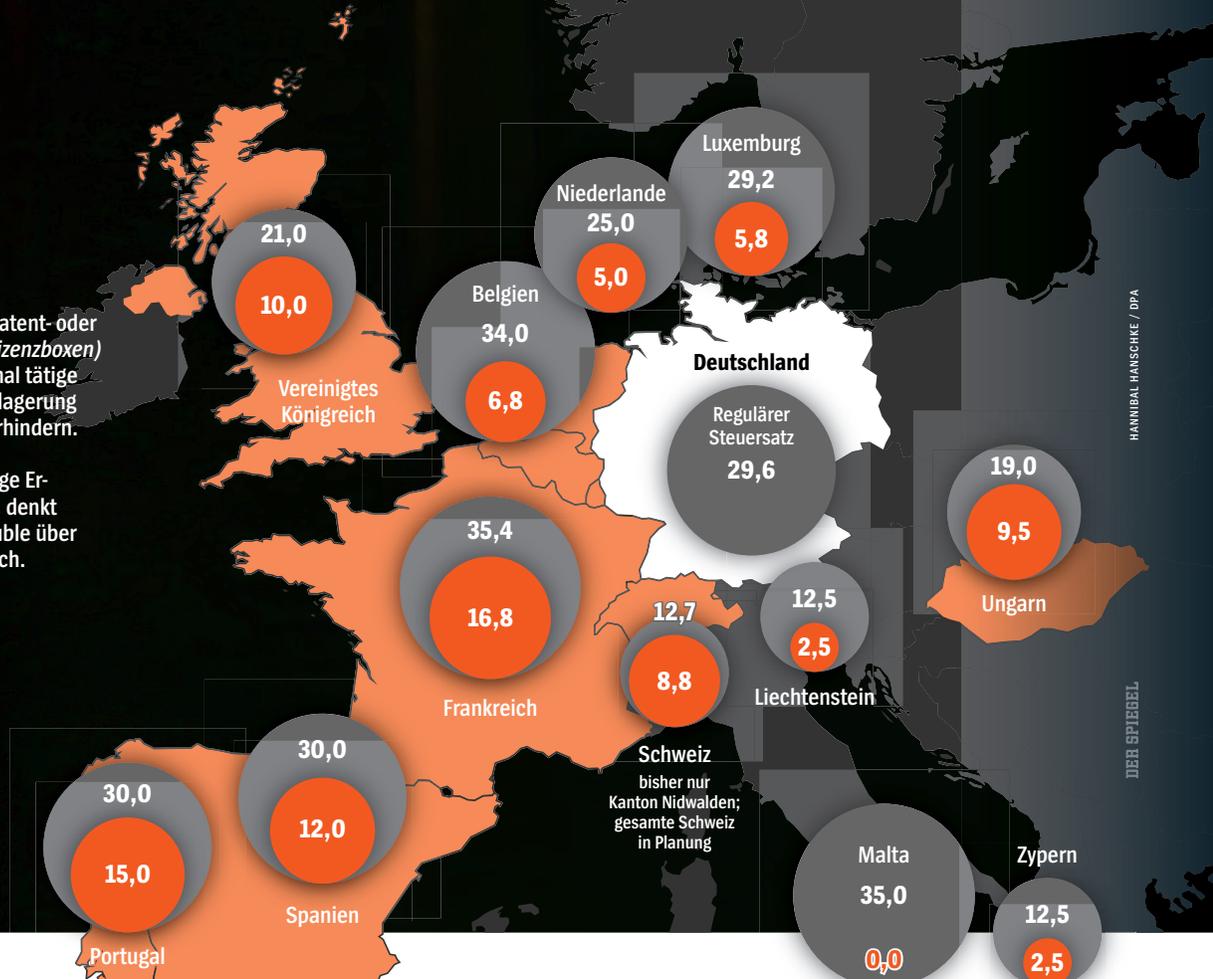
# Umzingelt

Durch ermäßigte Steuern auf Patent- oder Lizenz Einkünfte (Patent- oder Lizenzboxen) wollen Regierungen international tätige Konzerne anlocken und die Verlagerung von Geschäften ins Ausland verhindern.

Da viele Nachbarländer derartige Ermäßigungen eingeführt haben, denkt nun auch Finanzminister Schäuble über ein solches Dumpingmodell nach.

- Regulärer Steuersatz für Unternehmen
- Reduzierter Steuersatz auf Lizenz Einkünfte in Prozent

Quellen: ZEW Mannheim, KPMG; Werte gerundet



Schwellenländer weit entfernt. Stattdessen werden international tätige Unternehmen auch nach 2015, wenn die Beschlüsse in Kraft treten sollen, ihre Gewinne wohl weiter über den Erdball verschieben können, um den Fiskus auszutricksen. Und die Runde der Steueroasen bekommt womöglich sogar ein neues Mitglied: Deutschland.

Im Angesicht des Scheiterns lässt Schäuble umdenken. Heimlich bereiten seine Beamten eine Kehrtwende vor. Beim globalen Steuerwettbewerb will Deutschland, wenn er sich schon nicht vermeiden lässt, künftig wenigstens mitmischen.

Im Zentrum der Überlegungen steht ein Schlupfloch, das Experten unter dem Fachwort „Patentbox“ führen. Viele Länder gewähren Unternehmen für Einnahmen aus Lizenz- oder Patentgebühren einen Steuerrabatt. Statt des regulären Unternehmensteuersatzes fällt auf diese Einnahmen nur ein Bruchteil davon an, wenn überhaupt (siehe Grafik).

Viele Unternehmen nutzen die Möglichkeit als Steuersparmodell. Der Internetkonzern Google zum Beispiel poolt seine europäischen Umsätze in Irland, allein im Jahr 2010 waren das rund zehn Milliarden Euro. Sieben Milliarden Euro davon überwies Google als Lizenzgebühren an ein Tochterunternehmen in den Niederlanden. Dort fallen darauf kaum Steuern an. Auf diese Weise drückte Google die Steuerlast für seine Geschäfte auf rund 20 Prozent, obwohl in Kalifornien, dem Hauptsitz des Konzerns, für gewöhnlich

40 Prozent anfallen (SPIEGEL 46/2012).

Steuerschlupflöcher wie die Patentbox funktionieren immer auf die gleiche Weise: Die Gebühren mindern den Gewinn im Hochsteuerland und treiben ihn dort in die Höhe, wo der Fiskus kaum zulant.

Warum aber geben sich hochentwickelte Volkswirtschaften als Steueroasen her? Die Antwort ist einfach: Die Länder hoffen, dass ihnen die ins Land gelockten Multis mehr Einnahmen bringen, als durch den Rabatt im Inland verloren gehen.

Von 28 EU-Staaten haben 10 auf die eine oder andere Weise eine Patent- oder Lizenzbox im Angebot, neben den Niederlanden und Großbritannien beispielsweise auch Spanien und Luxemburg. Ein weiteres europäisches Land will in Kürze ebenfalls in den Wettbewerb einsteigen. Die Schweiz, ein Staat mit einschlägiger Erfahrung bei delikaten Finanztransaktionen, will dem Club beitreten.

Vielfach sind die Empfänger der Lizenzzahlungen Briefkastenfirmen. Sie verfügen weder über Personal, noch tragen sie etwas zur Wertschöpfung des Konzerns bei.

Die Praxis stört das Bundesfinanzministerium schon lange. Noch im April verurteilten die Experten von Minister Schäuble in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen die fragwürdigen Konstruktionen der Partnerländer mit harschen Worten.

„Die Bundesregierung sieht die Patentboxen kritisch“, heißt es dort. „Es bestehen Bedenken, dass es durch die steigende

Zahl an Patentboxregelungen zunehmend zu einem volkswirtschaftlich schädlichen Steuerwettbewerb kommt.“

Dahinter steht die Befürchtung, dass es die Länder mit ihrer Großzügigkeit übertreiben und sich gegenseitig mit ihren Gunstbeweisen gegenüber international tätigen Unternehmen überbieten. Die Folge wäre nicht nur, dass sie sich gegenseitig ihre Steuereinnahmen abspenstig machen. Am Ende könnte sogar das Steueraufkommen weltweit schrumpfen, weil die Steuersätze immer niedriger ausfallen.

Gegen die Entwicklung will sich die Große Koalition eigentlich mit aller Macht stemmen. In ihrem Koalitionsvertrag kündigten Union und SPD eine verschärfte Gangart gegenüber Steueroasen an. „Soweit sich unsere Ziele im Rahmen der OECD-BEPS-Initiative nicht realisieren lassen, werden wir nationale Maßnahmen ergreifen“, heißt es dort. Auf diese Weise sollten Unternehmen „Zahlungen an Briefkastenfirmen, die keine hinreichend aktive Geschäftstätigkeit nachweisen können“, nicht mehr so einfach steuerlich geltend machen können wie bisher.

Die Große Koalition wollte gegen ein Phänomen vorgehen, das Experten „doppelte Nichtbesteuerung“ nennen. Weil der steuerpflichtige Gewinn im einen Land gemindert, im anderen nicht oder kaum belastet wird, kommen die Unternehmen weitgehend ungeschoren davon.

Das wollten die schwarz-roten Finanzpolitiker nicht länger hinnehmen. Wenn schon im Ausland keine oder nur geringe



**Apple-Manager bei einer Senatsanhörung zur Steuervermeidung in Washington:** Milliarden am Fiskus vorbei

Steuern auf die Gebührenzahlungen anfallen, dann sollen sie wenigstens im Inland nicht länger die Steuerlast der Unternehmen mindern. Die Attraktivität von Patentboxen wird so vermindert.

Der Plan alarmierte die Wirtschaft und ihre Verbände. Sie fürchten, dass der steuerliche Abzug für Forschungsausgaben generell eingeschränkt werden könnte. „Das wäre ein harter Schlag gegen den Forschungsstandort Deutschland“, sagt Matthias Lefarth, Steuerexperte bei der Stiftung Familienunternehmen.

Tatsächlich denkt niemand im Finanz- oder Wirtschaftsministerium mehr daran, die Maßnahme so rigoros umzusetzen, im Gegenteil. Schäubles Beamte grübeln über einer Alternative, die noch für viel Unruhe sorgen dürfte.

Nachdem sie bei den OECD-Verhandlungen mit ihrer Forderung nach Abschaffung der Patentboxen aufgelaufen sind, wollen Schäubles Leute nun einheitliche Regelungen für die Konstruktion durchsetzen. So sollen sie künftig nur noch zulässig sein, wenn die Empfänger keine Briefkastenfirmer mehr sind, wenn sie also beispielsweise Personalkosten vorweisen können. Zwar sperren sich noch Briten, Luxemburger und Niederländer gegen den Vorschlag, doch sind die Deutschen guten Mutes, ihre Pläne wenigstens zum Teil durchsetzen zu können.

Wenn das gelänge, so die Überlegung, stünde der Einführung einer eigenen Patentbox in Deutschland nichts mehr im Wege. Manche Firma würde ihre Gewinne nicht mehr ins Ausland verschieben, um Steuern zu sparen. Das wäre dann auch im Inland möglich. Fluchtgeld käme zurück, hoffen Schäubles Experten.

Für die deutsche Patentbox soll ein Steuerersatz gelten, der halb so hoch ist wie die derzeitige Belastung von Unternehmensgewinnen. Sie liegt bei rund 30 Prozent.

Künftig würden also rund 15 Prozent fällig. Um das Modell noch attraktiver zu machen, ist auch ein Tarif von 10 Prozent im Gespräch. Dieser Wert gilt jedoch als absolute Untergrenze. Die deutschen Unterhändler wollen international durchsetzen, dass Länder bei steuerlichen Sonderregimen wie der Patentbox künftig maximal zwei Drittel des regulären Tarifs als Steuerrabatt gewähren dürfen.

Schäubles Leute gehen dennoch nicht davon aus, dass die Maßnahme dem Fiskus mehr Geld bringt. Denn das Modell begünstigt auch Gewinne, die bislang regulär in Deutschland versteuert werden. Die Experten des Finanzministeriums rechnen mit Steuerausfällen von bis zu drei Milliarden Euro im Jahr.

Als Begründung für den Steuernachlass ließe sich die Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland anführen. Bei den betroffenen Unternehmen stößt die Idee auf Zustimmung. „Wenn Patentboxen überall auf der Welt einheitlichen Regeln folgen, dann ist ihre Einführung auch in Deutschland durchaus sinnvoll“, sagt Steuerexperte Lefarth.

Lässt sich Schäuble auf die Idee seiner Fachleute ein, steigt er nicht nur in den Standortwettbewerb mit anderen Nationen ein, er steuert auch auf neue Konflikte zu. Denn das Vorhaben steht in Konkurrenz zu anderen Steuerplänen, die in der Großen Koalition ebenfalls diskutiert werden, etwa dem Abbau der kalten Progression. Die Befreiung der Steuerzahler von inflationsbedingten Mehrbelastungen würde ähnlich viel kosten.

Konstruktionen wie Patentboxen führen zudem häufig dazu, dass die Kosten weiter steigen. In Großbritannien sollten zunächst nur Gebühren auf Patente steuermindernd veranschlagt werden dürfen, später wurde die Regelung ausgeweitet auch auf solche für Lizenzen. Andere Länder gewähren

sogar Rabatt auf das Entgelt für Markenrechte.

Johanna Hey von der Universität Köln hat eine regelrechte Gesetzmäßigkeit zur ständigen Ausweitung des Steuernachlasses ausgemacht. „Es entsteht ein ungeheurer Druck, allen mobilen und gestaltbaren Gewinnbestandteilen steuerliche Sonderkonditionen anzubieten“, warnt die Juristin. „Wenn ein Staat diesen Weg einmal beschritten hat, ist es schwierig, da wieder herauszukommen.“

Am Ende können die Schlupflöcher sogar die reguläre Unternehmensbesteuerung unterhöheln. Großbritannien etwa senkt seinen Unternehmensteuersatz im kommenden Jahr auf 20 Prozent. Premierminister David Cameron hatte das Ziel ausgegeben, dass sein Land den günstigsten Satz im Club der sieben großen Industrienationen anbieten soll, um attraktiv zu werden für Unternehmen aus aller Welt.

Fachleute bezweifeln, dass ein Staat mit einem solchen Tarif genügend einnimmt, um etwa die staatliche Infrastruktur in Schuss zu halten. Vor allem verleitet ein Unternehmensteuersatz, der viel niedriger liegt als die Tarife der Einkommensteuer, die Steuerzahler zu Ausweichreaktionen. Für alle möglichen Tätigkeiten gründen sie Unternehmen, um in den Genuss der Vergünstigung zu kommen.

Ein Wettlauf nach unten würde natürlich nicht ohne Auswirkungen auf den Haushalt bleiben. Die Hoffnungen auf Mehreinnahmen erfüllen sich in der Regel nicht, und Steuerrabatte reißen häufig unvorhergesehene Löcher in die Etatplanung.

Deshalb sollte sich Finanzminister Schäuble sein Erlebnis von vergangener Woche, als er den schuldenfreien Etat für 2015 vorlegte, gut merken. Es könnte auf absehbare Zeit das Letzte dieser Art gewesen sein.

Christian Reiermann